

1 Kraft der Erneuerung.

2 Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert.

3 *Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD*

4 Vorgelegt am 24.04.2006

5 I. Warum wir ein neues Grundsatzprogramm brauchen

6 Neue Zeiten erfordern neue Ideen, eine Welt im Wandel braucht eine zupackende
7 neue Politik. Nicht im kritiklosen Bejubeln des Neuen oder im Beharren auf dem
8 Alten beweist sich die politische Kraft der Sozialdemokratie. Wir setzen auf unsere
9 Fähigkeit, die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität unter
10 veränderten Bedingungen in realistische Politik zu übersetzen. Nur mit
11 Wirklichkeitssinn und Leidenschaft zugleich werden wir unseren Idealen treu bleiben.

12 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf unsere 143-jährige
13 Geschichte und den immer wieder neuen Einsatz unserer Partei für Freiheit,
14 Gerechtigkeit und Solidarität. Heute ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die
15 Idee der sozialen Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln, die
16 Demokratie gegenüber wirtschaftlichen Einzelinteressen zu stärken und dafür zu
17 sorgen, dass die Potenziale unserer Gesellschaft und ihrer Menschen zur Entfaltung
18 kommen können. Wir sind die Kraft der Erneuerung in Deutschland.

19 Unsere Welt ist im Umbruch. Der Kalte Krieg liegt hinter uns, das
20 Zusammenwachsen Europas hat neue Verhältnisse geschaffen, der Wandel unserer
21 Wirtschaft verändert Arbeitswelt und Alltag. Das alles schafft neue Chancen – und
22 neue Risiken. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns nie mit
23 dem jeweils Erreichten zufrieden gegeben. Und wir stellen uns gegen die
24 Behauptung, eine gestaltende Politik sei heute nicht mehr möglich. Dem Fatalismus
25 und der Politik der Angst setzen wir eine wertebegründete Politik der Zuversicht
26 entgegen.

27 Mit ihrem Godesberger Programm von 1959 wandelte sich die SPD von der Arbeiter-
28 zur Volkspartei. Mit ihrem Berliner Programm von 1989 nahm die Sozialdemokratie
29 die Impulse der Neuen Sozialen Bewegungen auf – nicht zuletzt den Gedanken der
30 Nachhaltigkeit. Das erste Programm der SPD im 21. Jahrhundert muss wiederum
31 neue Antworten geben: neue Antworten auf die Herausforderungen der
32 Europäisierung, der Globalisierung und des sozialen, demografischen und
33 technischen Wandels. Wir leben in einer Zeit der Ungleichzeitigkeiten. Das Neue
34 entsteht und das Alte verliert nur sehr allmählich an Bedeutung. Wie lässt sich
35 Veränderung mit Stabilität und sozialer Gerechtigkeit vereinbaren? Wie können wir
36 Erneuerung und Zusammenhalt ermöglichen?

37 Wir setzen nicht auf passive Anpassung an den Wandel, sondern seine aktive
38 Gestaltung. Die Existenz sehr unterschiedlicher Marktwirtschaften und Sozialstaaten
39 auf der Welt und in Europa beweist eindrücklich, dass auch heute noch beträchtliche
40 nationale Gestaltungsspielräume bestehen.

1 Als die SPD im Dezember 1989 ihr Berliner Programm beschloss, waren das
2 Ausmaß und die Konturen des nationalen und europäischen Umbruchs erst in
3 Umrissen erkennbar. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 steht für die
4 Überwindung der Nachkriegsordnung durch die Menschen Europas. Der Anschlag
5 auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist das Symbol für eine neue
6 Dimension von globalen Konflikten, die unsere Weltgemeinschaft herausfordern.

7 Seit 1998 trägt die SPD wieder Regierungsverantwortung für das ganze
8 Deutschland. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestalten die Politik in den
9 Bundesländern, in Städten, Kreisen und Gemeinden. Mit unserer Politik haben wir
10 die Erneuerung unseres Landes vorangebracht. Dabei hat sich gezeigt: Die
11 Orientierungen des Berliner Programms reichen als Kompass für unsere Praxis nicht
12 mehr aus. Jedoch kann die Neuformulierung der sozialdemokratischen Politik für das
13 21. Jahrhundert an das Berliner Programm anknüpfen. Die seit dem Godesberger
14 Programm gültige Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit
15 und der Solidarität bleibt hoch aktuell. Nicht unsere Grundwerte und Ziele sind es,
16 die sich verändern, sondern die politische Ausgangslage für ihre Verwirklichung.

17 Als die linke Volkspartei in Deutschland führen wir die Diskussion über ein neues
18 Grundsatzprogramm für die gesamte Gesellschaft und mit der gesamten
19 Gesellschaft. Wir suchen das Bündnis mit allen, die die Werte und Ziele der Sozialen
20 Demokratie unterstützen. Und wir stellen uns selbstbewusst der Auseinandersetzung
21 mit denen, die andere Auffassungen vertreten. Mit ihnen werden wir den Wettbewerb
22 um die besseren Ideen für Deutschland offensiv führen. Die Marktradikalen
23 formulieren ein unredliches Freiheitsversprechen, das den Egoismus des Einzelnen
24 zum Prinzip erhebt. Heute sind wir in besonderer Weise herausgefordert durch
25 Vorstellungen und Entwicklungen, die darauf abzielen, den Staat zu schwächen und
26 verächtlich zu machen und die Marktwirtschaft zu radikalieren. Die Konservativen
27 ignorieren, dass eine Gesellschaft der Freien und Gleichen nur möglich ist, wo
28 gestaltende Politik die Voraussetzungen für sie schafft. Die Linkspopulisten
29 wiederum missachten den Wunsch der Menschen nach Freiheit und gaukeln die
30 Möglichkeit vor, aus der Wirklichkeit des Wandels auszusteigen. Wir
31 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dagegen wissen: Die Welt verändert
32 sich; heute kommt es aufs Neue darauf an, den Wandel zu gestalten, damit neue
33 Sicherheiten überhaupt erst wieder möglich werden.

34 Es geht in dieser frühen Phase des 21. Jahrhunderts daher zu allererst darum, eine
35 neue Übereinkunft darüber herzustellen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und
36 welche Aufgaben vorrangig in Angriff genommen werden müssen.

37 Drei Projekte sind dabei für uns von herausragender Bedeutung:

- 38 • Wir müssen die Globalisierung gestalten, das neue Europa politisch stärken und
39 sozial weiterentwickeln.
- 40 • Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft auf der Grundlage von fairem
41 Wettbewerb und Innovation erneuern.
- 42 • Wir setzen auf ein neues Leitbild des vorsorgenden Sozialstaats.

1 Die vorliegenden „Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD“
2 beschreiben die großen Herausforderungen, denen sich Politik zu Beginn des 21.
3 Jahrhunderts stellen muss. Sie benennen unsere Grundwerte und unsere Ziele, ohne
4 bereits fertige Antworten zu liefern. Sie konzentrieren sich bewusst auf die Bereiche,
5 die vorrangig besprochen werden sollten. Damit markieren sie zugleich eine
6 Zwischenetappe der sozialdemokratischen Programmdiskussion. Sie bündeln
7 bisherige Arbeitsergebnisse und sie sind die Grundlage für eine erste Phase der
8 innerparteilichen und öffentlichen Debatte. Die Ergebnisse werden zu Beginn des
9 Jahres 2007 in einen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm münden. Das neue
10 Programm soll auf dem ordentlichen Bundesparteitag der SPD im Herbst 2007
11 beschlossen werden.

12

13 **II. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie**

14 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die gleichrangigen und einander
15 bedingenden Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie haben ihre geistigen Wurzeln im
16 christlichen Menschenbild, im Humanismus, in der Aufklärung und in den
17 Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Diese Werte genießen in unserer Gesellschaft
18 eine unverändert hohe Wertschätzung. Nicht der sozialdemokratische Wille zu
19 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität muss neu begründet oder definiert werden.
20 Beantworten müssen wir die Frage, wie wir diesen Grundwerten unter den
21 veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts auf neue Weise gerecht werden
22 können.

23 Menschen werden als vernunftbegabte Wesen geboren, fähig zu Freiheit und
24 Verantwortung, mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten. Die gleiche Würde
25 und die gleiche Freiheit aller Menschen bilden den Ausgangspunkt und das Ziel all
26 unseres politischen Handelns. Sozialdemokraten streben eine Gesellschaft an, in der
27 jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann. Die Würde des
28 Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.

29 Die Sozialdemokratie ist eine Freiheitsbewegung. Ohne die *Freiheit* des Einzelnen im
30 Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung kann es eine freiheitliche Gesellschaft
31 nicht geben. Zugleich hat die Freiheit des Einzelnen ihrerseits gesellschaftliche
32 Voraussetzungen. Freiheit bedeutet nicht nur die Freiheit *von* Zwängen, sondern vor
33 allem die Freiheit *zu* einer eigenen Lebensgestaltung. Denn nur wenn Menschen den
34 Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Information haben und wenn sie
35 ausreichende materielle Absicherung genießen, sind sie in der Lage ein freies Leben
36 zu führen. Freiheit ohne Verantwortung gibt es nicht: Wer Rechte hat, hat auch
37 Pflichten. Freiheit kann dauerhaft nur dort gesichert werden, wo jeder einzelne
38 Mensch nach seinen Möglichkeiten Verantwortung für sich selbst, für seine
39 Mitmenschen und die Gemeinschaft übernimmt.

40 *Gerechtigkeit* verlangt, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht
41 oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation die Möglichkeit besitzen, an den
42 Voraussetzungen und Mitteln eines selbst bestimmten und selbst verantworteten
43 Lebens teilzuhaben. Gerechte Teilhabe bedeutet zuallererst Chancengleichheit. Sie
44 ist deshalb erst dort verwirklicht, wo jeder Mensch immer wieder neu die Möglichkeit
45 zum selbst verantworteten Leben, zur Teilhabe an Bildung, an Arbeit und den

1 Möglichkeiten der Gesellschaft erhält. Auch die gerechte Verteilung des
2 gesellschaftlichen Wohlstands zielt auf die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten
3 und Lebenschancen aller Menschen in unserer Gesellschaft. Gerechtigkeit erfordert,
4 dass die gleiche Freiheit und die gleiche Würde aller Menschen gewährleistet
5 werden – unabhängig von ihren jeweiligen Leistungen für die Gemeinschaft.
6 Gerechtigkeit erfordert aber ebenso die Anerkennung ihrer unterschiedlichen
7 Leistungen für die Gemeinschaft.

8 *Solidarität* ist die Bereitschaft von Menschen und Gruppen, auch über rechtliche
9 Verpflichtungen hinaus, aktiv und freiwillig füreinander einzustehen. Es geht um das
10 Eintreten für Schwächere, zugleich aber auch um die Bereitschaft aller Menschen,
11 sich aktiv für die Angelegenheiten ihres Gemeinwesens einzusetzen. Diese
12 Bereitschaft zum Miteinander der Menschen ist grundlegend für unsere Gesellschaft.
13 Unser Sozialstaat ist organisierte Solidarität. Nur ein Gemeinwesen, dessen
14 Angehörige zur Solidarität fähig und bereit sind, wird sich den künftigen
15 Herausforderungen gewachsen zeigen. Aber die Fähigkeit und die Bereitschaft zur
16 Solidarität kommen nicht von selbst und lassen sich nicht erzwingen. Vielmehr muss
17 Solidarität in einem Verständigungsprozess unserer Gesellschaft Tag für Tag immer
18 wieder neu hervorgebracht werden. Unter den Bedingungen einer individualisierten
19 Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Lebensweisen wird aktiv gelebte Solidarität
20 schwieriger und wichtiger zugleich.

21 Entscheidend ist die Einsicht, dass die Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und
22 Solidarität einander bedingen, ergänzen und begrenzen. Nur wo diese drei
23 Grundwerte gemeinsam angestrebt und verteidigt werden, lässt sich jeder einzelne
24 von ihnen verwirklichen. Wer sie gegeneinander ausspielt, wird am Ende keinem
25 einzigen dieser Werte gerecht. Diese grundlegende Einsicht unterscheidet die SPD
26 von anderen Parteien in Deutschland.

27 In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war der Demokratische
28 Sozialismus das Gegenmodell zum diktatorischen Staatssozialismus. In ihm kam
29 nicht die Vorstellung eines gesellschaftlichen Endzustands zum Ausdruck, sondern
30 eine Wertvorstellung und eine politische Bewegung. Nach dem Ende der
31 Systemkonfrontation verkörpert dieser Begriff die bleibende Einsicht, dass in einer
32 Marktwirtschaft stets auch Lebensbereiche und öffentliche Güter existieren müssen,
33 die der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten.
34 Diese Elemente nichtmarktförmiger Gemeinschaftlichkeit sind unverzichtbare
35 Quellen der Lebensqualität und der Chancengleichheit in unserer Gesellschaft und
36 müssen als fundamentale Voraussetzungen der Sozialen Demokratie gestärkt
37 werden.

38

39 **III. Die Ziele der Sozialen Demokratie**

40 Die SPD versteht sich als Kraft der Erneuerung und Partei der engagierten
41 Zeitgenossenschaft mit den Menschen in unserem Land. Die Ansatzpunkte für unser
42 Programm sind die konkreten Widersprüche unserer Zeit, die die Menschen in ihrem
43 Alltag erfahren. Aus diesen Spannungslinien erwachsen die Anforderungen an eine

1 langfristig ausgerichtete sozialdemokratische Politik. Vor welchen
2 Herausforderungen stehen wir? Für welche Ziele setzen wir uns ein?

3

4 **Unser Ziel: Eine friedliche Weltordnung**

5 Die Hoffnungen auf eine friedliche Weltordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs
6 sind bislang unerfüllt geblieben. Nicht Abrüstung, Verständigung der Kulturen,
7 Demokratie und eine gerechtere Entwicklung der Weltwirtschaft haben sich
8 einstweilen durchgesetzt, sondern vielfach das Gegenteil. Eine neue Bedrohung geht
9 von der Privatisierung der Gewalt aus. Armut, Ressourcenknappheit, religiöser
10 Fundamentalismus und territoriale Konflikte sind der Nährboden für neue Formen
11 des internationalen Terrorismus. Zugleich ist die Welt im 21. Jahrhundert konfrontiert
12 mit Problemen der Energiesicherheit, des globalen Ressourcenverbrauchs, der
13 Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Verletzung von
14 Menschenrechten.

15 Die Grundwerte der Sozialen Demokratie machen nicht an den Grenzen des
16 Nationalstaates Halt. Unser Ziel ist eine friedliche Weltordnung. Das vereinte und
17 souveräne Deutschland trägt eine besondere Verantwortung und Verpflichtung, seine
18 neuen Handlungschancen zu nutzen. Wir wissen, dass nationale Interessen nur im
19 Einklang mit unseren europäischen und globalen Partnern verfolgt werden können.
20 Die Vereinten Nationen sind das wichtigste Instrument der Völkergemeinschaft zur
21 Schaffung von Frieden und Stabilität weltweit. Um sie handlungsfähiger und
22 demokratischer zu machen, ist ihre weitere Reform unerlässlich. Nachhaltige
23 Friedenssicherung ist eine globale Aufgabe. Sie setzt eine globale
24 Sicherheitsarchitektur voraus, die auf den Grundsätzen des Multilateralismus und der
25 Krisenprävention mit friedlichen Mitteln basiert. Unser erweiterter Sicherheitsbegriff
26 bezieht vor allem politische, ökonomische, soziale, ökologische,
27 entwicklungspolitische und diplomatische Strategien ein. Sie sind wirkungsvoll und
28 nachhaltig bei der präventiven Friedenssicherung. Wir wissen, dass auch militärische
29 Mittel zur Friedenssicherung notwendig sein können. Diese dürfen aber
30 ausschließlich als letztes Mittel, wenn alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft
31 worden sind, im strikten Einklang mit dem Völkerrecht und nach Zustimmung des
32 Deutschen Bundestages angewendet werden. Die Rechtstaatlichkeit muss im
33 globalen Maßstab durch die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit
34 gewährleistet werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten an der
35 Unteilbarkeit der Menschenrechte fest und wissen, dass sich die bürgerlichen,
36 politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte wechselseitig
37 bedingen. Auch in der internationalen Politik setzen wir nicht auf das Recht des
38 Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts.

39 Wir brauchen Europa, um diesen Entwurf für die Welt von morgen stark zu machen.
40 Wenn Europa seine Potenziale bündelt, verfügt es über ein großes Gewicht in der
41 Welt. Wir Sozialdemokraten wollen aktiv die Verantwortung annehmen, dieses Ziel
42 zu verwirklichen. Nur ein Europa, das außenpolitisch geeint ist, kann einen
43 wirksamen Beitrag zu Frieden und Stabilität, zur Einhaltung und Durchsetzung des
44 internationalen Rechts und der Menschenrechte, zu Abrüstung und
45 Rüstungskontrolle sowie zur Bekämpfung der Armut in der Welt leisten. Darum

1 müssen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Verteidigungspolitik und
2 die Entwicklungspolitik energisch vorangebracht werden.

3

4

5

6 **Unser Ziel: Eine faire Globalisierung**

7 Wirtschaftliche Beziehungen über Grenzen hinweg begleiten den Kapitalismus seit
8 seinen Anfängen. Was wir heute erleben und als Globalisierung bezeichnen, ist
9 jedoch, angetrieben durch die Dynamik auf den Güter- und Finanzmärkten, eine
10 neue Phase und Qualität kapitalistischer Entwicklung. Die Globalisierung ist ein
11 ökonomischer Prozess und zugleich eine politische, kulturelle und ökologische
12 Herausforderung. Internet, Medien und neue Möglichkeiten der Mobilität lassen die
13 Welt so eng zusammenrücken wie nie zuvor. Eine neue Orientierung auf den
14 kurzfristigen Profit setzt Standorte, Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und
15 Arbeitnehmer unter Druck. Viele Menschen leben in dem Gefühl, Figuren in einem
16 Spiel zu sein, dessen Regeln sie nicht kennen. Regionale und nationale Regierungen
17 sehen sich mit international agierenden Unternehmen konfrontiert. Der Nationalstaat
18 verliert Kompetenzen an übernationale und an nichtstaatliche Akteure zugleich. Im
19 internationalen Wettbewerb drängen Länder wie China und Indien vom Rand der
20 Weltwirtschaft energisch ins Zentrum. Gleichzeitig bleiben ganze Weltregionen vom
21 Wohlstand abgekoppelt. Klar ist aber auch, dass Deutschland bislang Nutznießer
22 des freien Welthandels ist. Die Globalisierung politisch zu gestalten, schafft die
23 Chance, Wohlstand und Gerechtigkeit weltweit zu vergrößern und mehr Menschen
24 an den Früchten dieser Entwicklung teilhaben zu lassen.

25 Faire Globalisierung bedeutet zweierlei: mehr Chancen für Entwicklungsregionen,
26 aber auch klare Spielregeln für die entwickelten Länder und die global agierenden
27 Unternehmen. Dem internationalen Kapitalismus wollen wir mit dem Leitbild einer
28 Globalen Sozialen Marktwirtschaft einen neuen Ordnungsrahmen geben. Hierzu sind
29 eine internationale Finanzarchitektur und die Durchsetzung von sozialen und
30 ökologischen Standards erforderlich – innerhalb der maßgeblichen internationalen
31 Institutionen der Weltwirtschaft und durch sie. Eine wesentliche Antwort auf die
32 Globalisierung ist die Stärkung Europas nach innen wie nach außen. Was der
33 nationale Staat nicht mehr leisten kann, muss durch neue Formen der Staatlichkeit
34 auf europäischer und internationaler Ebene ermöglicht werden.

35 Die Überwindung von Armut, die Stärkung der Menschenrechte, die Teilhabe von
36 immer mehr Menschen am globalen Wohlstand und die Verständigung zwischen den
37 Kulturen schaffen die Voraussetzungen für eine friedliche Weltordnung. Wir setzen
38 uns für mehr Chancengleichheit im Welthandel ein. Die Entwicklungsländer brauchen
39 besseren Zugang zu den Märkten der reichen Länder. Die Millenniumsziele der
40 Vereinten Nationen für eine gerechtere Weltordnung sind uns verpflichtender
41 Maßstab.

42

1 **Unser Ziel: Wohlstand und Beschäftigung**

2 Wir befinden uns im Umbruch hin zu einer Wissens- und Dienstleistungswirtschaft
3 mit industrieller Basis. Unsere Ökonomie wird auch in Zukunft auf eine starke und
4 innovative Industrie angewiesen sein, aber sie wird nicht mehr nach Mustern der
5 nationalstaatlich ausgerichteten Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts
6 funktionieren. Immer mehr Menschen sind damit beschäftigt, Informationen und
7 Wissen zu verarbeiten. Unternehmen werden größer, Betriebe kleiner, Bindungen an
8 die Region schwächer und internationale Verflechtungen intensiver. Dies hat
9 Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Berufsbiografien. Die Anforderungen an die
10 zeitliche Flexibilität und die räumliche Mobilität der Menschen haben zugenommen.
11 Auch reicht die einmal angeeignete Ausbildung längst nicht mehr für die ganze
12 berufliche Laufbahn.

13 Unsere Arbeitswelt ist vielfältiger geworden: Einerseits gibt es zunehmend prekäre,
14 ungeschützte und niedrig entlohnte Arbeit, vor allem zu Lasten von Frauen;
15 Menschen erleben neue Unsicherheiten und Zumutungen. Andererseits sind in vielen
16 Bereichen die Spielräume für eigenverantwortliche und kreative Arbeit gewachsen.
17 Zugleich versperrt das seit Jahrzehnten ungelöste Problem der
18 Massenarbeitslosigkeit vielen Menschen die Chance auf Teilhabe. Die Verteilung von
19 Einkommen und Vermögen hat sich zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und
20 Arbeitnehmer und kleinen Selbstständigen verschoben. Dies ist weder gerecht noch
21 ökonomisch vernünftig. Es ist vielfach nicht gelungen, die produktiven Potenziale
22 unserer Gesellschaft zugunsten aller zu nutzen. Der Marktradikalismus hat diesen
23 Widerspruch zwischen Möglichkeit und Realität verschärft. Er ist deshalb
24 ökonomisch und moralisch gescheitert.

25 Das Fundament unseres Wohlstands ist die Soziale Marktwirtschaft, die es ohne die
26 Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Deutschland nicht gäbe. Ihre Wurzeln
27 reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück, und viele ihrer Errungenschaften mussten
28 von den Menschen selbst erkämpft werden. Die Soziale Marktwirtschaft wird auch
29 das 21. Jahrhundert prägen, wenn wir sie so erneuern, dass sie unter veränderten
30 Bedingungen neuen Wohlstand ermöglicht.

31 Unsere Ziele sind Wohlstand für alle und die Teilhabe aller Menschen an der
32 Erwerbsarbeit. Je mehr Männer und Frauen sich durch geistige und körperliche
33 Arbeit an der gemeinsamen Wertschöpfung beteiligen, desto größer wird unser
34 Wohlstand sein. Alle Menschen haben das Recht, aber auch die Verpflichtung, ihren
35 eigenen Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu bestreiten, sofern sie dazu in der
36 Lage sind. Eine Politik, die am Ziel der Vollbeschäftigung festhält, kann in einer
37 dynamischen Wirtschaft nicht allein darauf ausgerichtet sein, ganz konkrete und
38 bereits bestehende Arbeitsplätze zu verteidigen. Wirtschafts- und
39 Beschäftigungspolitik wird im 21. Jahrhundert dann erfolgreich sein, wenn sie zwei
40 Ansätze kombiniert. Zum einen müssen ausreichend neue Arbeitsplätze zur
41 Verfügung stehen, zum anderen müssen die Menschen während ihrer
42 Erwerbslaufbahn darin unterstützt werden, den sich verändernden Anforderungen im
43 Beruf auch gerecht zu werden. Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind
44 grundlegend für das Ziel einer Gleichstellung der Geschlechter. In den vergangenen
45 Jahrzehnten haben sich die Frauen mehr Chancen in der Arbeitswelt erkämpft.
46 Dennoch ist der Weg zu wirklich gleichen Chancen noch durch viele Hindernisse
47 verstellt. Wir wollen sie aus dem Weg räumen.

1 Eine besondere Herausforderung in unserem Land ist die Fortführung des Aufbaus
2 Ost. Ostdeutschland besitzt große Stärken, auf denen wir aufbauen wollen – hierzu
3 gehören vor allem seine Menschen. Sie sind flexibel, hoch qualifiziert und motiviert.
4 Wir müssen jetzt die Weichen dafür stellen, dass sich die neuen Länder nach dem
5 Auslaufen des Solidarpakts aus eigener Kraft entwickeln können.

6

7 **Unser Ziel: Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft**

8 Deutschland erlebt eine Bevölkerungsentwicklung, die in vielen Bereichen ein
9 energisches Umdenken und Umsteuern erforderlich macht. Unserem Land fehlen
10 Kinder. Und schon heute wissen wir: Weil die Zahl der möglichen Eltern weiter
11 schrumpft, wird die absolute Zahl der in unserem Land geborenen Kinder und
12 Jugendlichen in den kommenden Jahrzehnten weiter abnehmen. Zugleich wird die
13 Lebenserwartung der Menschen erfreulicherweise weiter steigen. Den vielen älteren
14 Menschen in unserem Land stehen jedoch nicht mehr genügend Kinder und
15 Nachwachsende gegenüber – mit potenziell dramatischen Folgen für wirtschaftliche
16 Dynamik und die Finanzierung unserer Systeme der sozialen Sicherung. Mittel und
17 Wege zu finden, um die Auswirkungen der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung zu
18 dämpfen, ist die erste Aufgabe einer Politik der Generationensolidarität. Aber bloße
19 Anpassung an die Alterung wird nicht genügen. Politik muss zugleich den ihr
20 möglichen Beitrag leisten, die ungünstige demografische Entwicklung wieder zu
21 verbessern. Hierzu gehört eine vernünftige Einwanderungs- und Integrationspolitik
22 ebenso wie eine Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

23 Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial,
24 wirtschaftlich und kulturell. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine
25 dynamische und eine wachstumsstarke Gesellschaft sein. Kinderarmut ist für
26 Deutschland im doppelten Sinne dieses Wortes eine der größten
27 Herausforderungen: Es geht um die Armut *an* Kindern und um die Armut *von*
28 Kindern. Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden und
29 dass jedes Kind faire Lebenschancen hat.

30 Kein Kind in Deutschland darf vernachlässigt werden, kein Jugendlicher darf ohne
31 Zukunftschancen sein. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und
32 Bildung von Anfang an. Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder
33 hängen zugleich deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft
34 unseres Landes ab. Wir setzen auf eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und
35 Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen
36 Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Vier Voraussetzungen müssen dabei
37 erfüllt sein. Erstens: Frauen brauchen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
38 Generationensolidarität hat Geschlechtergerechtigkeit zur Voraussetzung. Zweitens
39 brauchen Kinder gute Betreuungsmöglichkeiten von Anfang an. Drittens brauchen
40 Familien finanzielle Unterstützung. Und viertens müssen auch Männer ihre Aufgabe
41 als Väter ausfüllen können und wollen.

42 Gleichzeitig wird der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft steigen. Es wird
43 neue Wohnformen ebenso geben wie neue Formen der Arbeitsgestaltung. Die
44 Lebensarbeitszeit wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter erhöhen.
45 Lebensbegleitendes Lernen ist notwendig, um mit dem Wandel von Technik,

1 Arbeitsorganisation und Wissen mithalten zu können und innovativ zu bleiben. Die
2 gängige Praxis, ältere Arbeitnehmer nicht mehr weiter zu qualifizieren, können wir
3 uns schon heute nicht mehr und in Zukunft noch weniger leisten.

4 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Jung und Alt in Solidarität miteinander leben.
5 In einer älter werdenden Gesellschaft kommt es mehr denn je darauf an, die
6 besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen auf allen Ebenen zur
7 Geltung kommen zu lassen. Die soziale Teilhabe der älteren Generation muss in
8 allen Lebensbereichen garantiert sein. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine
9 umfassende Politik für das längere Alter, die das Fundament für eine neue Form der
10 Generationensolidarität legt und die große Zahl allein lebender Frauen einbindet.

11

12 **Unser Ziel: Die Soziale Teilhabe aller**

13 Die alte soziale Frage war bestimmt vom Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Dieser
14 Konflikt ist nicht gelöst, aber längst haben sich brisante neue soziale Fragen in den
15 Vordergrund geschoben. Viele Menschen erleben Unsicherheit oder den dauerhaften
16 Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.
17 Gegenüber früheren Jahrzehnten entscheidet heute die soziale Herkunft wieder
18 stärker über die Lebens-, Bildungs- und Berufschancen. Die Chancen von Frauen
19 auf dem Arbeitsmarkt haben sich verbessert, aber noch längst sind nicht alle Formen
20 von Diskriminierung überwunden. Langzeitarbeitslosigkeit drängt einzelne Menschen
21 oder ganze Gruppen auf Dauer an den Rand. Das Versprechen der Sozialen
22 Marktwirtschaft lautete: Leistung gegen Teilhabe. Es gilt längst nicht mehr für alle.
23 Der Ausschluss betrifft gerade auch Menschen, die aus anderen Ländern nach
24 Deutschland gekommen sind. Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch die
25 Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft wie auch die
26 von Teilen jener, die in die Bundesrepublik gekommen sind, weist deutliche Defizite
27 auf. Ethnisch-kulturelle Formen des Ausschlusses und des Selbst-Ausschlusses
28 befördern ein Auseinanderdriften der Gesellschaft in parallele Kulturen, die nur noch
29 wenig voneinander wissen.

30 Unser Ziel ist die Teilhabe aller Menschen am sozialen und kulturellen Leben unserer
31 Gesellschaft. Das Versprechen „Leistung gegen Teilhabe“ muss erneuert werden.
32 Wer einer vollen Erwerbstätigkeit nachgeht, soll von seinem Einkommen den
33 eigenen Lebensunterhalt bestreiten können. Die großen sozialen Risiken wie
34 Krankheit, Behinderung und Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftlich erwünschte
35 Nichterwerbsphasen wie Erziehung und Alter müssen solidarisch abgesichert
36 werden. Teilhabe bedeutet anzuerkennen, dass Menschen im Sozialstaat
37 Bürgerinnen und Bürger sind, die Rechte und Pflichten haben. Zwar hat unser
38 System der sozialen Sicherung seine Wurzeln im obrigkeitsstaatlichen Denken des
39 19. Jahrhunderts, es wurde jedoch in der Bundesrepublik unter
40 sozialdemokratischem Einfluss zum Fundament einer freiheitlichen
41 Bürgergesellschaft weiter entwickelt. Wir wollen es jetzt im Rahmen eines
42 gemeinsamen Europäischen Sozialmodells erneuern und zukunftstauglich für das
43 21. Jahrhundert machen. Wo wir von den guten Erfahrungen lernen können, die
44 andere Länder bei der Erneuerung ihrer Gemeinwesen gemacht haben, da müssen
45 wir den Mut haben, neue Wege zu beschreiten.

1 Bildung und Wissen sind die großen sozialen und zugleich wirtschaftlichen
2 Kraftquellen des 21. Jahrhunderts. Mehr denn je entscheiden gute Bildung und
3 Ausbildung sowie zeitgemäßes Wissen über die Zukunft jedes einzelnen Menschen.
4 Zugleich entscheiden sie über die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, über
5 das wirtschaftliche Wachstum und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft
6 insgesamt. Bildung ist die Voraussetzung von individueller Freiheit, von Lernfähigkeit
7 und kultureller Offenheit, von Urteils- und Kritikfähigkeit; sie dient der kulturellen
8 Selbstvergewisserung und erhöht die Chance der Selbstverwirklichung. Bildung und
9 Ausbildung bedeuten auch Erziehung. Junge Menschen müssen die Normen und
10 Werte unserer Gesellschaft lernen. Auch Bildung werden wir in Zukunft nicht mehr
11 nur nationalstaatlich denken können: Wir müssen Bildung verstärkt auf einen
12 europäischen und internationalen Horizont ausrichten.

13 Ob Menschen die Chance zur Teilhabe durch Bildung erhalten, darf nicht abhängig
14 sein von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft oder von ihrem Geschlecht. Deshalb
15 ist der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur ein zentrales Element von
16 Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Kinder aus bildungsfernen Schichten,
17 häufig mit Migrationshintergrund, bedürfen unserer besonderen gezielten Förderung.
18 Wir brauchen in allen Bereichen unserer Gesellschaft mehr Menschen mit
19 hochwertiger Ausbildung und Hochschulbildung. Der Zugang zum Studium muss
20 Begabten aus allen Schichten breiter geöffnet werden. Für alle Bildungsbereiche
21 sollen vier Prinzipien gelten: Ganzheitlichkeit, Chancengleichheit, Durchlässigkeit
22 und Qualität. Es geht uns um die bestmögliche Bildung für alle vom Kindergarten
23 über die Schule bis in die Hochschule sowie um die gleichzeitige Förderung in der
24 Breite und an der Spitze.

25

26 **Unser Ziel: Ein nachhaltiger Fortschritt**

27 Unser Wohlstand hängt auch vom Fortschritt in Wissenschaft und Technik ab.
28 Gleichzeitig wissen wir, dass es weder verantwortbar noch möglich ist, die bisherige
29 Form der Ressourcennutzung in den Industrieländern weltweit zu verallgemeinern.
30 Konflikte um Rohstoffe nehmen zu, die Veränderung des Klimas bedroht die
31 Existenzgrundlagen vieler Menschen auf der Welt. Gerade auf dem Gebiet der
32 Energiesicherheit sind die internationalen Krisen der vergangenen Jahre deutliche
33 Warnzeichen. Zu den Risiken gehören vor allem die unkontrollierte Verbreitung
34 waffenfähiger Atomtechnologie und die Gefährdung der Öl- und Gasversorgung.
35 Darum sind Technologien und Methoden, die ein nachhaltiges Wachstum
36 ermöglichen, die herausragende Innovationsaufgabe unserer Zeit. Jedoch ist nicht
37 alles Machbare verantwortbar. Risikobehaftete Technologien fordern unsere ethische
38 Urteils- und Handlungskraft heraus.

39 Unser Ziel ist ein Fortschritt, der dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet ist.
40 Dies bedeutet, dass wir nicht nur im Hier und Jetzt handeln dürfen, sondern
41 Verantwortung für die Zukunft kommender Generationen übernehmen müssen.

42 In der Frage künftiger Energienutzung verbinden sich die sozialen, wirtschaftlichen
43 und ökologischen Herausforderungen auf globaler Ebene. Wir wollen und müssen
44 heraus aus den Gefahren und Zwängen der Atom- und der Ölwirtschaft, um den
45 Aufbruch ins solare Zeitalter langfristig voranzutreiben. Der Ausstieg aus der

1 Atomkraft ist unverzichtbar. Wir setzen auf einen neuen Energiemix aus
2 Energieeinsparung, Energieeffizienz, der intelligenten Nutzung von Kohle und Gas
3 und vor allem dem Ausbau erneuerbarer Energien.

4 Eine besondere Dynamik erleben wir auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie.
5 Sie revolutioniert unser Wissen über die Entstehung und Funktion menschlichen
6 Lebens. Die bioethische Diskussion über den Fortschritt, den wir zulassen und die
7 Grenzen, die wir ziehen wollen, muss als gesellschaftliche Debatte immer wieder neu
8 geführt werden. Wir halten fest am Verbot des gezielten Eingriffs in die menschlichen
9 Erbanlagen.

10 Nicht nur die Wirtschaft und die Politik tragen Verantwortung für eine nachhaltige
11 Wirtschafts- und Lebensweise. Wir wollen den selbstverantwortlichen und
12 ganzheitlich mitdenkenden Bürger stärken, der sich als Produzent, Konsument und
13 Finanzanleger seiner Mitverantwortung für das Gemeinwohl bewusst ist.

14

15 **Unser Ziel: Sicherheit und Orientierung im Wandel**

16 Der beschleunigte Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft hat viele Menschen
17 verunsichert. Das Bedürfnis nach Orientierung und Halt wächst. Der
18 Leistungswettbewerb, die erhöhten Anforderungen an berufliche Flexibilität und
19 Mobilität und das Gefühl vieler Menschen, nicht mehr dazuzugehören, sind eine
20 Belastung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Verstärkt wird dies durch
21 Teile der Medien, die sich in immer stärkerem Maße an Personen, Skandalen und
22 Emotionen orientieren. Gleichzeitig haben die traditionellen Orte, an denen
23 Solidarität und sozialer Zusammenhalt erfahren und gelernt werden können – Familie
24 und Erwerbsarbeit, Schule und Kirche, Gemeinde und Stadtviertel, Vereine, Freunde
25 und Nachbarschaftskreise – an Bindekraft eingebüßt. Die ungeklärte Frage danach,
26 was unsere Gesellschaft in Zukunft zusammenhält, kann nicht mit der rückwärts
27 gewandten und untauglichen Idee einer „deutschen Leitkultur“ beantwortet werden.

28 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den Menschen mehr Sicherheit und
29 Orientierung zu ermöglichen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder
30 zu stärken. Die traditionellen Instanzen der Gemeinschaft sind keineswegs überholt.
31 Sie geben den Menschen Kraft und Orientierung, sie bedeuten Heimat, hier
32 organisiert sich die Gesellschaft selbst. Diese Orte gelebter Solidarität bilden deshalb
33 das Fundament der Bürgergesellschaft in Deutschland. Sie tragen maßgeblich dazu
34 bei, dass Menschen Einbindung, Beteiligung und Anerkennung finden. In ihnen
35 spielen weniger die Prinzipien des Marktes eine Rolle als freiwilliges ehrenamtliches
36 Engagement und wechselseitige Verbundenheit. Ohne die Stärkung der Bindekräfte,
37 die von den lebendigen Orten gesellschaftlicher Solidarität ausgehen, werden die
38 großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht menschlich zu bewältigen
39 sein.

40 Zugleich sind in Zeiten des beschleunigten Wandels sichere Wertmaßstäbe und
41 Wertorientierungen besonders wichtig. Die Unsicherheit und Schnelligkeit unserer
42 Zeit sowie die mediale Effekthascherei erfordern eine wertorientierte Erziehung. Eine
43 solche Gesellschaft bedarf eines integrativen und humanistisch ausgerichteten
44 Leitbildes. Ein solches Leitbild für unsere gesamte Gesellschaft im 21. Jahrhundert

1 voran zu bringen, wird ein wichtiges Ziel einer sozialdemokratischen
2 Programmdebatte sein.

3 Als wertorientierte Volkspartei ist die SPD eine tatkräftige Schutz- und
4 Gestaltungsmacht in Deutschland. Es reicht nicht aus, Werte und Normen zu
5 proklamieren – wir brauchen auch starke Instanzen, die diesen Prinzipien und
6 Regeln zum Durchbruch verhelfen. Gerade deshalb setzen wir auf die
7 Integrationskraft der gesellschaftlichen Gruppen. Zugleich engagieren wir uns für
8 einen modernen und handlungsfähigen Staat, der Lebenschancen schafft, die
9 Teilhabe aller Menschen fördert und Ausgrenzung verhindert. Diese Arbeit ist
10 notwendig, um Orientierung zu stiften und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
11 fördern. Wir tun dies in dem Bewusstsein, Teil einer europäischen Kultur zu sein, die
12 die geistige Kraft besitzt, das friedliche Miteinander der Kulturen zu fördern und den
13 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Sicherheit bedeutet auch,
14 die Menschen vor Gewalt und Kriminalität zu schützen. Wir sind hart gegen die
15 Kriminalität und hart gegen ihre Ursachen.

16

17 **IV. Eine neue soziale Übereinkunft**

18 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte, denen die
19 Sozialdemokratie auch im 21. Jahrhundert verpflichtet ist. Eine Gesellschaft der
20 Freien und der Gleichen braucht eine Verständigung darüber, wie sie
21 unterschiedliche Interessen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Generationen und
22 Geschlechtern in Einklang bringt. Die dauerhafte Spaltung unserer Gesellschaft in
23 Gewinner und Verlierer schadete allen gemeinsam und würde schließlich auch die
24 vermeintlichen Gewinner in Verlierer verwandeln. Den fundamental veränderten
25 Bedingungen unserer Zeit kann unsere Gesellschaft deshalb nur durch eine große
26 gemeinsame Anstrengung der Erneuerung gerecht werden. Zu dieser Anstrengung
27 werden wir in Deutschland und Europa jedoch nur fähig sein, wenn es gelingt, eine
28 neue soziale Übereinkunft zu formulieren.

29 Es geht uns um die Verständigung über die Fundamente unserer Gesellschaft und
30 den Wandel ihrer Voraussetzungen; um die Verständigung über das zeitgemäße
31 Wechselverhältnis von Anrechten und Verpflichtungen, von Leistungen und
32 Gegenleistungen, von Geben und Nehmen in unserem Land. Diese neue soziale
33 Übereinkunft muss den Staat, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die
34 Gemeinschaften und Verbände einbeziehen. Notwendig ist ein verändertes, auf
35 Zugewinn durch Kooperation ausgerichtetes Selbstverständnis aller handelnden
36 Akteure.

37 Eine neue soziale Übereinkunft muss die Demokratie stärken. Wir wollen eine
38 lebendige Demokratie und die gleichberechtigte Teilhabe aller an den
39 Entscheidungen in der Gesellschaft. Demokratie ist niemals endgültig gesichert, sie
40 muss immer aufs Neue errungen und mit Leben erfüllt werden, im Kleinen wie im
41 Großen. Wir stehen für den handlungsfähigen Staat in einer aktiven
42 Bürgergesellschaft. Entscheidend für die Akzeptanz des demokratischen Staates bei
43 seinen Bürgerinnen und Bürgern ist die Nachvollziehbarkeit seines Handelns auf
44 allen Ebenen. In unserer modernen föderalen Demokratie muss immer neu geprüft

1 werden, welche staatliche Handlungsebene für welche Entscheidungen die
2 Verantwortung tragen soll. Wir wollen das Prinzip der Subsidiarität stärken.

3 Wir brauchen eine starke Bürgergesellschaft. Um die sozialen Bindekräfte, die
4 Solidarität und den Zusammenhalt überall in unserer Gesellschaft zu erneuern, um
5 Freiheiten in verantwortlicher Weise zu nutzen und öffentliche Räume in ihrer
6 Lebensqualität für alle Menschen zu sichern und zu entwickeln, sind wir auf aktive
7 Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre immer
8 neue Bereitschaft, durch freiwillige Arbeit und ehrenamtliches Engagement für das
9 Gemeinwohl tätig zu werden, sind in hohem Maße vorbildlich. Bei der Begleitung
10 sozialer Angebote, bei der Pflege öffentlicher Einrichtungen, in den Kommunen und
11 Stadtteilen, in Vereinen und Verbänden, in Kultur und Sport und nicht zuletzt bei der
12 Integration von Zuwanderern und dem Dialog verschiedener Religionen kommt es
13 entscheidend darauf an, dass Bürgerinnen und Bürger aus eigenem Antrieb unsere
14 Grundwerte mit Leben erfüllen. Unser demokratisches Gemeinwesen, von den
15 Städten und Gemeinden bis zur Ebene des Bundes, bezieht einen wesentlichen Teil
16 seiner Zukunftsfähigkeit aus dieser aktiven Bürgergesellschaft.

17 Wir brauchen ein neues positives Bekenntnis zu unserem Staat. Notwendig ist ein
18 aktiver und kooperativer Staat, der die Bürgerinnen und Bürger darin unterstützt,
19 eigenverantwortlich und solidarisch zu handeln. Ein solcher Staat darf weder
20 bürokratisch sein noch abgemagert und ohne Autorität. Wir brauchen einen
21 handlungsfähigen Staat. Dieser Staat benötigt finanzielle Ressourcen, um im Sinne
22 des Gemeinwohles agieren zu können. Zugleich besitzt der handlungsfähige Staat
23 die Fähigkeit, den Zugang der Menschen zu öffentlichen Gütern zu garantieren,
24 zielgerichtet und gerecht zu handeln – gerade dadurch gewinnt er die Zustimmung
25 der Bürgerinnen und Bürger.

26 Nach unserer Auffassung muss eine neue soziale Übereinkunft in besonderer Weise
27 auf den folgenden Einsichten basieren:

- 28 • Wenn den Menschen im 21. Jahrhundert mehr Flexibilität abverlangt wird,
29 dann müssen sie sich im Gegenzug auf zeitgemäße erneuerte Formen von
30 sozialer Sicherheit, auf Teilhabe am Haben und Sagen, auf Bildung und
31 Aktivierung verlassen können.
- 32 • Wenn wir in Zukunft einen hohen Wohlstand erhalten wollen, dann sind mehr
33 öffentliche Investitionen in soziale Dienstleistungen, in Bildung, Innovation und
34 Infrastruktur notwendig.
- 35 • Wenn der Staat unter veränderten Bedingungen seine Leistungsfähigkeit und
36 Legitimität bewahren soll, dann muss er für die Bürgerinnen und Bürger
37 jederzeit als verlässlicher Partner an ihrer Seite erfahrbar sein.
- 38 • Wenn wir wollen, dass die globalen Märkte den Wohlstand nachhaltig
39 vergrößern und mehr Beschäftigung ermöglichen, dann müssen sie auf
40 nationaler, europäischer und internationaler Ebene im Interesse des
41 Gemeinwohls fair ausgestaltet werden.
- 42 • Wenn wir unter den Bedingungen unserer Zeit die Gleichberechtigung der
43 Geschlechter verwirklichen wollen, dann müssen Frauen gleiche Chancen auf

1 dem Arbeitsmarkt erhalten und dann muss für Frauen und Männer die
2 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie sichergestellt werden.

3 • Wenn wir im 21. Jahrhundert auf die Steigerung des Wachstums setzen, dann
4 muss klar sein, dass dies nur auf der Basis einer nachhaltigen
5 Ressourcenverwendung möglich und verantwortbar sein wird.

6 • Wenn wir wollen, dass Deutschland im 21. Jahrhundert eine vitale, kulturell
7 vielfältige Gesellschaft sein soll, dann müssen alle Gruppen das Grundgesetz
8 und die ihm zugrunde liegenden Prinzipien akzeptieren.

9 Über die Inhalte dieser neuen sozialen Übereinkunft suchen wir Sozialdemokratinnen
10 und Sozialdemokraten das Gespräch mit allen Bürgerinnen und Bürgern unseres
11 Landes. Sie wird ein wesentlicher Teil der Diskussion über das neue
12 Grundsatzprogramm der SPD sein. Für uns sind dabei drei zentrale Elemente von
13 herausragender Bedeutung, um Wandel und Sicherheit miteinander zu verknüpfen:
14 die umfassende Hinwendung zur europäischen Dimension der Politikgestaltung, die
15 Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, sowie die systematische Entwicklung des
16 vorsorgenden Sozialstaats.

17

18 **1. Das neue Europa politisch stärken und sozial gestalten.**

19 Die europäische Einigung ist die größte und wichtigste Erfolgsgeschichte der
20 Nachkriegsära. Sie sichert den Frieden in Europa, fördert das Wachstum und schützt
21 unsere Interessen. Die offenen Grenzen und das Zusammenwachsen der Völker
22 bedeuten für viele Menschen die Verwirklichung eines Traums. Die aktive und
23 positive Bezugnahme Deutschlands auf die Europäische Union wird im neuen
24 Europa sogar noch wichtiger. Denn das neue und wesentlich größere Europa ist
25 durch die Osterweiterung, die einheitliche europäische Währung sowie die
26 zunehmende Wirtschaftsverflechtung so eng verwoben wie nie zuvor.

27 In der Ära der Globalisierung ist Europa Gestaltungs- und Schutzraum zugleich. Klar
28 ist, dass die Vorteile des geeinten Europa gegenüber jeder denkbaren Alternative
29 überwiegen. Zugleich aber haben die Einführung des Euro, die oft überzogene
30 Bürokratie und unfairer Steuer- und Standortwettbewerb viele Menschen
31 verunsichert. Der europäische Einigungsprozess kennt auch in Deutschland Verlierer
32 und Gewinner. Notwendig ist daher ein Europa, das sich als ein gemeinsamer
33 Lebensraum begreift, der zugleich auf Wettbewerbsfähigkeit, auf sozialen
34 Mindeststandards und auf Nachhaltigkeit basiert.

35 Eine einseitig ökonomisch ausgerichtete Integration gefährdet die bestehenden
36 Gemeinsamkeiten und die Legitimation des europäischen Projekts. Nur wenn es
37 gelingt, die Menschen vom Nutzen der EU zu überzeugen, kann die notwendige
38 Vertiefung der Europäischen Union fortgeführt werden. Deshalb muss, wer von der
39 Einheit Europas profitieren will, zugleich die sozialen Voraussetzungen für
40 wirtschaftliches Wachstum schaffen. Wer durch die europäische Politik Nachteile hat,
41 darf von den Gewinnern nicht im Regen stehen gelassen werden.

1 Eine innovative und wachstumsstarke Region kann Europa im 21. Jahrhundert nur
2 sein, wenn es zugleich als attraktiver Sozialraum gestaltet wird. Es gibt nicht das
3 eine, einheitliche Europäische Sozialmodell, aber es gibt eine gemeinsame
4 Verpflichtung auf das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie der Entwurf der
5 Europäischen Verfassung vorsieht.

6 In diesem Sinne werben wir dafür, Europa als positive Antwort auf die
7 Herausforderungen der Globalisierung zu begreifen und zu organisieren. In
8 sozialdemokratischer Perspektive bedeutet Europa einen Prozess des gegenseitigen
9 Gebens und Nehmens zum gemeinsamen Vorteil. Zu einer neuen Übereinkunft
10 gehört die neue Bestimmung des Verhältnisses zwischen unserer Gesellschaft und
11 der Europäischen Union. Der Weg zu einem Europa, das maßgeblich dazu beiträgt,
12 die Globalisierung zu regulieren sowie qualitatives Wachstum und Teilhabe zu
13 stimulieren, verläuft über die Stärkung der Europäischen Union. Ein starkes Europa
14 setzt handlungsfähige Nationalstaaten voraus, die sich zugleich ihrer eigenen
15 Handlungsgrenzen bewusst und gerade deshalb zur Kooperation bereit sind. Als
16 einander verpflichtete Partner erkennen solche Staaten in der Europäischen Union
17 ein historisches Projekt des *gemeinsamen* Zugewinns. Dieser Mehrwert Europas
18 erfordert auch hinreichende Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen, klare
19 Entscheidungsregeln und eine realistische Chance, Mehrheiten für politische
20 Gestaltung erreichen zu können. Deshalb treten wir für eine europäische Verfassung
21 ein. Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass ein starkes Europa auch transparent
22 und demokratisch sein muss, wenn seine Entscheidungen Akzeptanz bei den
23 Menschen finden sollen. Wir wissen, dass Bürgernähe nicht allein eine geografische
24 Frage ist, sondern auch davon abhängt, ob die Menschen, ihre Bedürfnisse und
25 Interessen im Mittelpunkt der Politik stehen.

26 Die EU hat maßgeblich dazu beigetragen, die Märkte zu öffnen. Diese Prozesse
27 sollten durch eine Politik der Mindeststandards flankiert werden. An die Stelle eines
28 unfairen Sozial- und Steuerwettbewerbs müssen Sozialstandards, eine
29 Koordinierung der zentralen Steuersätze sowie gesetzliche Mindestlöhne treten. Die
30 Mitbestimmung der Arbeitnehmer hat sich als eine besondere Produktivkraft
31 erwiesen, die wir auch in europäischen Unternehmen zur Anwendung bringen
32 wollen.

33 Die Spielräume für eine Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik im
34 großen Wirtschaftsraum der EU sind noch längst nicht ausgeschöpft. Die
35 Institutionen der EU müssen in erster Linie dem Ziel der Beschäftigung verpflichtet
36 sein. Wenn es gelingen soll, die Handlungs- vor allem die Koordinationsfähigkeit der
37 EU zu stärken, dann müssen wir der EU auch angemessene finanzielle Ressourcen
38 ermöglichen. Perspektivisch wäre eine eigene Steuerquelle der EU der richtige Weg,
39 um dieses Ziel zu erreichen.

40 Der Lissabon-Prozess hat den richtigen Weg gewiesen, um die ökonomischen,
41 sozialen und ökologischen Ziele zu integrieren. Doch die Umsetzung enttäuscht
42 bislang: Die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas aber auch der
43 soziale Zusammenhalt sind unter ihren Möglichkeiten geblieben. Die Lissabon-Ziele
44 müssen verstärkt in Einklang gebracht und das europäische Sozialmodell erneuert
45 werden. Das Ziel heißt: Europa muss eine zentrale und aktive Rolle als
46 wirtschaftlicher Akteur spielen, um eine stabile Finanzarchitektur durchzusetzen und

1 die Akteure auf den Finanzmärkten auf eine langfristige wirtschaftliche Strategie zu
2 verpflichten.

3

4 **2. Fairer Wettbewerb und Innovation: Die Soziale Marktwirtschaft erneuern.**

5 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns ein für den fairen
6 marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Er ist eine wichtige Grundlage unseres
7 Wohlstands. Doch Märkte sind nicht vollkommen. Deshalb brauchen sie faire Regeln
8 und einen klaren Rahmen, damit sie funktionieren.

9 Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die an den Werten und Zielen ausgerichtet ist,
10 die von einer großen Mehrheit in unserer Gesellschaft geteilt werden: für
11 nachhaltiges Wachstum, für hohe Beschäftigung, für gerecht verteilten Wohlstand.

12 Zu lange wurde unser Land schlecht geredet und damit um Chancen gebracht.
13 Unsere Wirtschaft ist in vielen Bereichen stark und wettbewerbsfähig. Aber wir
14 können uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Die wichtigste Aufgabe in
15 Deutschland ist die Schaffung von qualifizierten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen
16 mit hoher Wertschöpfung. Die Umbrüche unserer Zeit geben uns zugleich Hinweise
17 auf die Bedürfnisse und Märkte der Zukunft: Eine älter werdende Gesellschaft
18 bedeutet Nachfrage nach neuen Produkten und Dienstleistungen; die weltweite
19 Verknappung der Rohstoffe erfordert innovative Lösungen.

20 Notwendig ist eine realitätstaugliche Wirtschaftspolitik, die sowohl die Angebots- als
21 auch die Nachfrageseite stärkt. Die Stärke unserer Exportwirtschaft ist das wichtige
22 Spielbein unserer Volkswirtschaft. Aber diese Stärke gerät in Gefahr, wenn sie nicht
23 durch das Standbein einer starken Binnennachfrage ergänzt wird. Wir wollen gute
24 Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Aber der zentrale Prüfstein einer
25 angebotsorientierten Politik muss sein, ob diese auch zu einer Steigerung von
26 Investitionen und Beschäftigung führt. Dies gilt in besonderer Weise für die
27 Besteuerung von Unternehmen und die Ausgestaltung von Subventionen.

28 Die Spielregeln für unsere Wirtschaft haben sich geändert. Die Kapitalmärkte üben
29 wachsenden Einfluss auf Unternehmen und Beschäftigte aus. Die vergangenen
30 Jahre haben gezeigt, dass die Orientierung auf den kurzfristigen Profit wirtschaftliche
31 Potenziale zerstören kann. Unsere Wirtschaft ist dann stark, wenn sie die Chance
32 zur langfristigen Entwicklung erhält und sich der Durchsetzung kurzfristiger
33 Interessen widersetzen kann.

34 Deshalb brauchen wir eine Übereinkunft über zwei unverzichtbare Voraussetzungen
35 einer modernen Sozialen Marktwirtschaft: Wir setzen auf bessere Produkte und
36 Dienstleistungen – nicht auf billigere Löhne. Und wir setzen auf langfristiges
37 Wachstum – nicht auf kurzfristigen Profit.

38 Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft setzt deutlich mehr Investitionen in
39 Bildung, Forschung und Infrastruktur voraus. Notwendig ist eine stetig ansteigende
40 öffentliche Investitionstätigkeit. Bildungsausgaben sollten als Investitionen
41 verstanden werden. Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen
42 ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte stärker als

1 bisher an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen. Nicht an der
2 Höhe der Staatsquote erweist sich die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens,
3 sondern an der Frage, ob die Mittel sinnvoll und zielgenau verwendet werden.

4 Gerade in den Dienstleistungsbereichen, die nicht im internationalen Wettbewerb
5 stehen, gibt es die Chance auf mehr Beschäftigung – auch für Menschen mit
6 geringerer Qualifikation. Allerdings müssen auch mit solchen Arbeitsplätzen
7 Einkommen erzielt werden können, die die Existenz von Menschen sichern. Wir
8 müssen die Förderung von Arbeitsplätzen im Bereich dieser Dienstleistungen und in
9 der lokalen Wirtschaft auf eine neue Grundlage stellen.

10 In einer dynamischen Wirtschaft kann es keine Garantien für die Existenz von
11 Unternehmen an bestimmten Standorten geben. Zugleich jedoch müssen profitable
12 Unternehmen vor kurzfristigen Attacken und feindlichen Übernahmen geschützt
13 werden. Offene Finanz- und Kapitalmärkte können nur dann von Nutzen für die
14 Wirtschaft und das Gemeinwohl sein, wenn sie reguliert und zur Transparenz
15 verpflichtet werden.

16 Neue Formen der Arbeitszeitgestaltung und der Entlohnung dürfen nicht zur
17 einseitigen Verlagerung der Risiken auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
18 führen. Wer mehr Flexibilität verlangt, muss auch neue Sicherheiten bieten. Wir
19 brauchen eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Arbeitnehmern und Staat,
20 um das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens praktische Realität werden zu
21 lassen.

22 Unsere Gesellschaft benötigt eine Übereinkunft darüber, welche öffentlichen Güter
23 dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollten. Aus sozialdemokratischer
24 Perspektive gehören hierzu an vorderster Stelle Bildung, Gesundheit und Sicherheit.
25 Gleichwohl muss der Staat diese Güter nicht selbst bereitstellen. In vielen Fällen
26 kann es sinnvoller sein, dass er den Zugang der Menschen zu den öffentlichen
27 Gütern gewährleistet und Räume für private Initiative öffnet. Eine Übereinkunft
28 brauchen wir auch darüber, welches Wissen einer Gesellschaft als öffentliches Gut
29 zur freien Nutzung für alle zur Verfügung stehen muss.

30 Auf den wichtigen Märkten der Zukunft setzen wir auf industriepolitische Allianzen
31 aus Wirtschaft, Forschung, Arbeitnehmern und Politik. Moderne Industrie- und
32 Dienstleistungspolitik bedeutet heute in erster Linie, die Innovationskräfte auf diesen
33 Märkten zu stärken. Wo Märkte verkrustet sind, muss der Wettbewerb gestärkt
34 werden. Der Staat kann durch eigene Nachfrage oder intelligente Regulierungen als
35 Pionier agieren und den Märkten von morgen wichtige Anstöße geben.

36 Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass es in allen Regionen unseres Landes
37 gelingen kann, genügend Arbeit zu den Menschen zu holen. Notwendig ist daher die
38 Bereitschaft der Menschen, auch dorthin zu gehen, wo die Arbeit ist. Auf dem Gebiet
39 der regionalen und branchenbezogenen Förderpolitik kommt es darauf an, gezielt
40 Schwerpunkte setzen und bestehende Entwicklungspotenziale systematisch stärken.

41 Die Teilhabe der Arbeitnehmer am Haben und am Sagen ist ein wichtiges Prinzip
42 der Sozialen Marktwirtschaft und der Sozialen Demokratie. Darum bekennen wir uns
43 ausdrücklich zu Tarifautonomie und Mitbestimmung. Sie sind zugleich Kernelemente

1 einer Wirtschaftskultur, die sich der Mitverantwortung der Unternehmen und der
2 Finanzmarktakteure für das gesellschaftliche Gemeinwohl bewusst ist.

3

4 **3. Ein neues Leitbild: der vorsorgende Sozialstaat**

5 Ein zentrales Element einer neuen sozialen Übereinkunft für Deutschland muss ein
6 erneuertes und positives Leitbild für unseren Sozialstaat sein. Wir wollen keinen
7 abgemagerten, sondern einen besseren Sozialstaat. Unser Leitbild für das 21.
8 Jahrhundert ist der vorsorgende Sozialstaat, der stärker als bislang in die Menschen
9 und ihre Potenziale investiert.

10 Der Sozialstaat, den wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entscheidend
11 mitgestaltet haben, hat in der alten Bundesrepublik vielen Menschen aus sozial
12 schlechter gestellten Bevölkerungsschichten die soziale Mobilität in die gut
13 ausgebildete Mitte unserer Gesellschaft ermöglicht. Er hat den Wandel von der
14 klassischen Industriegesellschaft hin zur wissensbasierten Wirtschaft unterstützt.
15 Nun aber stößt der Sozialstaat, wie wir ihn bislang kennen, an seine Grenzen. Er
16 verfolgt noch zu sehr nachsorgende Ziele. Er kümmert sich zu wenig darum,
17 Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel und Armut von vornherein zu
18 verhindern. Er fördert und aktiviert die Menschen zu wenig. Die neuen sozialen
19 Fragen, vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss, lassen
20 sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen. Er
21 ist in erster Linie auf Transferleistungen sowie erwerbsarbeitsbezogenen Statuserhalt
22 ausgerichtet. Er investiert hingegen zu wenig in die soziale Infrastruktur, mit der die
23 aktive Teilhabe der Menschen am Leben der Gesellschaft unterstützt wird. Seine
24 Finanzierungsbasis ist brüchig geworden.

25 Die Menschen in unserem Land wollen einen starken Sozialstaat, aber sie wollen
26 auch, dass sich dieser Sozialstaat an den neuen Realitäten und Erfordernissen
27 orientiert, die sie in Beruf und Alltag erleben. Darum müssen wir den Konsens über
28 unseren Sozialstaat erneuern, bevor er von denen einseitig aufgekündigt wird, die
29 meinen, sie könnten ganz auf ihn verzichten.

30 Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat fördert
31 Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet
32 den demografischen Wandel mit den Betroffenen und er erkennt die existentielle
33 Bedeutung von Bildung für die einzelnen Menschen wie auch für die Zukunft unserer
34 Gesellschaft an. Ein aktiver Sozialstaat ist ein verlässlicher Partner für die Menschen
35 und nie bloß Verwalter von sozialen Problemen. Er macht Angebote, um ihre Stärken
36 zu entwickeln. Der Sozialstaat soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener
37 Verantwortung zu gestalten. Gleichzeitig muss er verlässlich sein. Die Menschen
38 vertrauen nur einem Sozialstaat, der ihnen langfristige Sicherheiten bietet. Der
39 vorsorgende Sozialstaat ist kein Wachstumshindernis, sondern eine wirtschaftliche
40 Produktivkraft.

41 Je vielfältiger unsere Arbeitswelt wird, desto weniger zukunftsfähig ist ein Sozialstaat,
42 der Selbstständige, Beamte und Arbeitnehmer unterschiedlich behandelt. Deshalb
43 muss sich der Sozialstaat in Zukunft stärker am Bürgerstatus und weniger an der
44 Form der Erwerbstätigkeit der Menschen ausrichten. Zugleich benötigt der

1 Sozialstaat der Zukunft eine breitere Finanzierungsbasis, die weniger als bislang auf
2 die Sozialversicherungsbeiträge stützt. Das Beitragsniveau sollte reduziert und der
3 Steueranteil erhöht werden, damit alle, nicht nur die abhängig Beschäftigten, sich an
4 der solidarischen Finanzierung beteiligen. Auf diese Weise werden die
5 Voraussetzungen für mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur und bessere
6 öffentliche Dienstleistungen geschaffen.

7 Gleichstellungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Für uns gilt: Wer eine menschliche
8 Gesellschaft will, muss die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen
9 verwirklichen. Gleiche Chancen von Männern und Frauen in Gesellschaft, Familie
10 und Beruf bleiben eine zentrale Aufgabe. Unsere Ziele sind der geschlechtergerechte
11 Umbau des Arbeitsmarktes und die gleichgerichtete Verteilung von bezahlter und
12 unbezahlter Arbeit. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihre
13 Berufswünsche verwirklichen können und sich partnerschaftlich die Fürsorge für die
14 Familie teilen können. Wir arbeiten für das Ziel, die traditionellen Rollenmuster bei
15 der Studien- und Berufswahl zu überwinden. Dies ist der Schlüssel, um nachhaltig
16 Berufs-, Verdienst- und Karrierechancen von Frauen zu verbessern.

17
18 Alle Menschen sollen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus am medizinisch-
19 technischen Fortschritt beteiligt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen in die
20 Solidarität unseres Gesundheitssystems einbezogen werden. Zwischen gesetzlicher
21 und privater Krankenversicherung ist ein echter Wettbewerb erforderlich.

22 Auch in Zukunft müssen alle Menschen im Alter über ein ausreichendes Einkommen
23 verfügen können. Gleichzeitig darf die jeweils erwerbstätige und Beiträge zahlende
24 Generation nicht überfordert werden. Darum müssen die betriebliche und die private
25 Altersvorsorge weiter ausgebaut und verbreitert werden. Die Sicherung des
26 Lebensstandards wird in Zukunft nur durch eine Kombination aus gesetzlicher Rente
27 und Eigenvorsorge möglich sein.

28 Sicherheit und Teilhabe werden in erster Linie durch Erwerbstätigkeit ermöglicht. Die
29 Menschen sollen in der Lage sein, über weite Strecken ihres Lebens eine
30 Erwerbsarbeit auszuüben. Darum muss ein vorsorgender und in die Menschen
31 investierender Sozialstaat dazu beitragen, dass Erwerbsarbeit ein eigenes
32 Auskommen und Anerkennung ermöglicht, nicht krank macht, die vorhandenen
33 Qualifikationen sichert und ausbaut sowie mit dem Leben in der Familie vereinbar ist.
34 Unser Leitbild ist die sozial abgesicherte Erwerbsbiografie für Männer und Frauen.
35 Dies bedeutet vor allem, die Übergänge zwischen unterschiedlichen Lebensphasen
36 der Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit besser abzusichern.

37

38 **V. Die SPD als linke Volkspartei**

39 Die SPD ist aus der deutschen Arbeiterbewegung entstanden. Ihr Ziel war die
40 Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Menschen. Dies war die große
41 soziale Frage der damaligen Zeit. Auch heute sind wir die Partei, die sich den neuen
42 und den bleibenden sozialen Fragen stellt. Sozialdemokratie und Gewerkschaften
43 haben gemeinsame Wurzeln. Aus dieser Tradition heraus, aber auch angesichts

1 vieler Gemeinsamkeiten in der Gegenwart, ist die SPD den Gewerkschaften in
2 besonderer Weise verbunden.

3 **Wir sind die linke Volkspartei in Deutschland**

4 Unsere Gesellschaft ist geprägt durch eine Vielfalt an Kulturen, Lebensstilen,
5 Wertvorstellungen und Interessen. Wir verstehen uns als linke Volkspartei, weil wir
6 diese Vielfalt auf Basis unserer Grundwerte integrieren und bündeln wollen. Wir sind
7 keine Partei für eine bestimmte Klasse, Schicht, Region oder eine einzelne Gruppe.
8 Mitten in der Gesellschaft sind wir die politische Heimat für alle diejenigen, die
9 Deutschland nach der Vorstellung der sozialen Demokratie gestalten und die
10 Grundsätze sozialer Demokratie auch europäisch und global verwirklichen wollen.

11 Damit sind wir zugleich die Partei der solidarischen Mitte. Nur wenn die
12 gesellschaftliche Mitte in unserem Land für eine Politik der Sozialen Demokratie
13 gewonnen werden kann und diese selbst für eine Politik der Sozialen Demokratie
14 wirbt, ist diese auch möglich. Die solidarische Mitte ist es, die Steuern zahlt, weil sie
15 einen handlungsfähigen und gerechten Staat will. Sie ist es, die mit hohem
16 Engagement dafür sorgt, dass die solidarische Bürgergesellschaft auch praktisch
17 gelebt wird.

18 **Wir sind Mitgliederpartei**

19 Unsere Partei ist entstanden als Selbstorganisation der arbeitenden Bevölkerung.
20 Auch heute wird die SPD in erster Linie getragen von vielen Hunderttausend
21 Menschen, die in ihrer Freizeit politische und gesellschaftliche Verantwortung
22 übernehmen und im Alltag, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz für die Politik
23 der sozialen Demokratie werben. Wir sind stolz auf das Engagement und die
24 Kreativität unserer Mitglieder. Nur als Mitgliederpartei sind wir mitten in der
25 Lebenswirklichkeit unseres Landes verankert.

26 **Wir sind Programm- und Wertepartei**

27 Grundlegend für unsere Politik sind die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit
28 und der Solidarität. Die Einheit dieser drei Grundwerte, gebündelt im politischen
29 Projekt der sozialen Demokratie, unterscheidet uns von allen anderen Parteien. Als
30 Teil der Sozialistischen Internationale und der Europäischen Sozialdemokratie führt
31 die SPD mehr denn je den programmatischen Dialog mit ihren Schwesterparteien.
32 Die internationale Sozialdemokratie ist die wichtigste Kraft, wenn es darum geht, die
33 Globalisierung der Märkte durch die Globalisierung der Politik im Sinne der
34 Menschen zu gestalten.

35 **Wir führen unsere Programmdiskussion mit unserer Gesellschaft und für sie**

36 Wir stellen uns den großen Fragen, die sich unsere Gesellschaft stellt. Und wir
37 wollen die Antworten im gesellschaftlichen Dialog entwickeln. Ein Programm ist
38 immer nur so viel wert, wie seine Gedanken den Menschen als Leitbild und
39 Kraftquelle dienen. Wir wollen ein neues gesellschaftliches Bündnis für eine Politik
40 der sozialen Demokratie.